



# Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,  
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Scheint wöchentlich ein Mal  
Freitags.  
ausgegeben, die viergespaltene  
Beitragzelle 20 Pf.  
Abonnement nach Uebereinkunft.  
Schluß der Redaktion  
Dienstag Mittag.



Abonnement vierteljährlich  
1 Mark bei jedem Postamt und in  
der Expedition.  
Postzeitungspreislifte Nr. 2304.  
Redaktion und Expedition:  
Berl. O.,  
Münchebergerstr. 15.

## des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dumker).

Nr. 31. Berlin, den 3. August 1900. XI. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an H. Bahlke, Berlin O., Müncheberger-Strasse 15, Geldsendungen an G. Gahner, Berlin O., Müncheberger-Strasse 15, zu adressieren.

### Genossenschaft für das Handwerk.

Die große Bedeutung der genossenschaftlichen Organisation des Handwerks zum Zwecke der Hebung seiner Leistungsfähigkeit gegenüber der Konkurrenz der Großproduktion wird gegenwärtig in allen Handwerkerzeitungen mit Nachdruck hervorgehoben. In dem neuen Handwerkergesetz sind die neugebildeten Innungen gehalten, Veranstaltungen zur Förderung der gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder zu treffen, die Errichtung von Vorschufkassen, Ein- und Verkaufsgeschäften und dergleichen anzuregen und durch Aufwendungen aus dem angesammelten Vermögen zu unterstützen. Was die Nutzarmachung der Genossenschaft für den Handwerkerstand anbelangt, so bewegt sich diese in drei Hauptformen:

Die **Rohstoff-Genossenschaft** wendet ihren Mitgliedern durch den gemeinsamen Einkauf der zu ihrem Gewerbe erforderlichen Rohstoffe die Vorteile des Großbezuges zu: für kleine Handwerker wie für große ist sie vom Vorteil; Ersteren ermöglicht sie den Einkauf billigerer und besserer Rohstoffe und Halbfabrikate, Letzteren erübrigt sie die Haltung eines großen Lagers, verschafft sie Zinssparnisse.

Die **Magazin-Genossenschaft** bezweckt die Einrichtung und Führung gemeinsamer Verkaufsstellen, in welchen die Erzeugnisse der Mitglieder in vorteilhafter Weise dem kaufenden Publikum zur Schau gestellt werden; sie kann auch ein Rohstoffgeschäft mit dem Magazinbetriebe verbinden. Es werden dann die bei der Rohstoff-Genossenschaft geschilderten Vorteile mit denen der Magazin-Genossenschaft — Ersparnis an Ausgaben des einzelnen Handwerkers für Lager- und Laderäume — verbunden. Auch Aufträge für die einzelnen ihrer Mitglieder, sowie für die Gesamtheit oder doch einen größeren Kreis der Mitglieder — staatliche Lieferungen, Submissionsarbeiten — werden der Handwerker-Magazin-Genossenschaft zugehen.

Die **Produktiv- oder Werk-Genossenschaft** hat den Zweck, auf gemeinsame Rechnung ihrer Mitglieder theuere Werkzeug- und Arbeitsmaschinen zu beschaffen, die zur gemeinsamen Benutzung aufgestellt werden und eventuell auch der Waarenherzeugung auf gemeinschaftliche Rechnung dienen können. Sie liefert auch in neuerer Zeit ihren Mitgliedern zu günstigen Bedingungen kleinere Maschinen, deren Leistungen diese in ihrem Werkstattdbetriebe ganz ausnützen können und sie beschafft dazu, wo es angeht, die elektrische Betriebskraft.

So einfach und einleuchtend der Gedanke der Genossenschaften an sich ist, so schwierig und umständlich ist die Errichtung und Fortführung eines gemeinsamen Geschäftsbetriebes. Die Pflege des Genossenschaftswesens ist gewiß etwas Großes und Schönes. Was sonst im Leben das Fortkommen dem Einzelnen wirksam verbürgt: Bildung und Fachkenntnisse, Fleiß und Ausdauer, Redlichkeit und Pünktlichkeit, alles das kann in dem Konkurrenzkampf gegen übermächtige Großbetriebe nicht in dem Maße zur Geltung kommen wie durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß. Gleichwohl diese Erkenntnis mehr und mehr in die Handwerkerkreise eindringt, geschieht

die praktische Anwendung der großen Idee nur in einzelnen Fällen. Nicht nur, daß ein gemeinsamer Geschäftsbetrieb bestimmte persönliche Eigenschaften und Tugenden erfordert und jeder Teilnehmer erst zum Genossenschaftler erzogen werden muß, auch die genossenschaftliche Arbeitsweise als solche ist kein Ideal, sondern ein sehr nüchternes, alltägliches Geschäft, dem mit schönen Gefühlen nicht geholfen ist. Darum muß man in diesem wie bei anderen Geschäftsfachen die Verhältnisse und besonders die Menschen nehmen wie sie sind, nicht aber wie sein könnten.

Gewinnsucht ist die stärkste treibende Kraft im Geschäftsleben. Mit diesem Faktor muß jedes gewinnversprechende Unternehmen rechnen. Doch wird von dem Leiter einer Genossenschaft allermeist vorausgesetzt, daß er seine Kraft und Fähigkeiten nicht aus purem Eigennutz, sondern aus Menschenliebe seinen Genossen zur Verfügung stelle. Im Dienste der gemeinsamen Sache stehend soll er dem Allgemeinwohl dienen und sein persönliches Interesse der Genossenschaft zuliebe hintansetzen. Idealmenschen dieser Art giebt es wenige. Geht man auf die Suche unter den Wenigen, so ist damit noch keineswegs der richtige Geschäftsleiter gefunden. Durch angemessene Bezahlung eine befähigte Kraft zu erwerben, derart, daß die mit der Geschäftsführung verbundenen Arbeiten an sich gut bezahlt werden und außerdem dem Leiter des Ganzen ein höherer Gewinnanteil zusteht, wird in Handwerker-Genossenschaften nicht oder selten beliebt. Gewinnstüchtige Intelligenzen, die im freien Wettbewerb hoch hinauf steigen, finden in den kleinen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften keinen Wirkungskreis.

Der erwerbskundige Großmeister, der starken Unabhängigkeitsstimm besitzt, sträubt sich naturgemäß gegen den Gedanken, sein mühsam in die Höhe gebrachtes Geschäft in einem gemeinsamen Unternehmen aufgehen zu lassen. Von diesem, der mit seinen Erfahrungen einer Genossenschaft nützen könnte, ist eine Beihilfe an der praktischen Betätigung nicht zu erwarten. Auch bei dem Kleinmeister, der einigermaßen fest im Sattel sitzt, ist in der Regel der Unabhängigkeitsstimm so stark, daß er nicht daran denkt, sein eigenes Schalten und Walten einer Genossenschaft unterzuordnen. Gegenüber dem Selbstständigkeitstrieb und dem persönlichen Willen kommt der Genossenschaftsgedanke nicht auf. Dazu gesellt sich noch das Mißtrauen, daß durch die Errichtung eines gemeinsamen Geschäftes dem Betriebsleiter eine Existenz oder Lebensstellung gegeben werden könne, weshalb man es auch einem tüchtigen mit Unternehmungsgeist ausgerüsteten Mann nicht verübeln kann, wenn er seine Dienste einem Privatunternehmer oder einer Aktiengesellschaft anbietet, wo man seine Leistungen besser zu würdigen versteht, als bei der mißgünstigen Kollegenschaft.

Den meisten Handwerkern fehlt das Selbstvertrauen, bemerkt der „Vedearbeiter“, der frische Muth und energische Wille, sich selbst zu helfen. Man erwartet die Hilfe von irgendwo anders her, zunächst aber vom Staat und dem Gesetzgeber. Man wacht eifersüchtig über die Handhabung der Gewerbegesetze und klammert sich ängstlich an die kleinlichen Bestimmungen, als ob allein durch solche Mittelchen

ein wesentlicher Erfolg erreicht werden könnte. Und doch geht das wirtschaftliche Leben eisernen Schrittes seinen Weg. Es ist widersinnig, wenn Handwerker verlangen, das moderne Erwerbsleben solle sich ihnen anpassen, anstatt daß umgekehrt sie den Verhältnissen sich anbequemen. Ungezählte Millionen gehen den Kleingewerbetreibenden durch das leidige Borgsystem und die vertheuernden Umständlichkeiten im Absatz wie im Rohmaterial-Einkauf verloren. Tausende von mehr oder minder müßigen Existenzen verzehren als Zwischenhändler den Profit, der den einzelnen Handwerkern verloren geht. Wie viele Zinsen, Spesen und Nebenkosten werden durch ein richtig organisiertes Genossenschaftswesen erspart.

Alle diese Vortheile des Großbetriebes können dem Kleingewerbe nur im Wege der Assoziation zugänglich gemacht werden. Darum hat auch das neue Innungsgesetz für die Förderung gemeinschaftlicher Gewerbebetriebe besondere Bestimmungen getroffen. Es wäre aber verfehlt, nur des Prinzips wegen Innungsgenossenschaften zu errichten, wenn nicht die zur Geschäftsleitung geeigneten Kräfte vorhanden sind. Dann läuft die Assoziation Gefahr, zu einem Bankapfel zu werden. Am besten gedeihen gemeinschaftliche Geschäftsbetriebe, bei denen der Selbstständigkeitstrieb und Unabhängigkeitsinn der Theilnehmer möglichst gewahrt bleibt und der Einzelne nicht ganz und gar in der Genossenschaft aufzugehen braucht. Und das ist eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, welche für den Handwerker das ist, was eine Aktiengesellschaft für den Kapitalisten. Wenn das nur mehr erkannt würde.

Aktiengesellschaften können in mancher Beziehung den Genossenschaften als Muster dienen. Die Direktoren in jenen haben eine autoritative Stellung und Gewalt. Damit diese nicht gemißbraucht werden kann, ist ihnen ein Aufsichtsrath zur Seite gegeben. Aber der Aktionär hat nicht alle Tage in die Geschäftsverwaltung hineinzureden, sondern nur innerhalb gewisser Zwischenräume sein Stimmrecht. Eine Art von konstitutioneller Staatseinrichtung, ein Oberhaupt mit selbstständigen Anordnungen, dem ein Parlament zur Ertheilung der Vollmachten beigegeben ist. Nun läßt sich zwar gegen eine solche konstitutionelle Verfassung einwenden, daß dies keine richtige Genossenschaft sei, wenn die Mitglieder nicht bei allen Gelegenheiten ein Wort hineinwerfen können. Daran krankt aber die echten Genossenschaften, daß ihre Mitglieder bei den unwesentlichsten Angelegenheiten, die mit einem einfachen Ja oder Nein abgemacht wären, oftmals bis ins Unendliche berathen und schnelle Entschlüsse verhindern. Wie bereits gesagt, eine Erwerbsgenossenschaft ist bei dem heutigen Zeitlauf kein Ideal, sondern ein praktisches Geschäft, das der Konkurrenz anderer Privatunternehmungen unterworfen ist. Thatsächlich kommen solche Genossenschaften, die den Charakter einer Aktiengesellschaft angenommen haben, in der freien Konkurrenz am weitesten, vorausgesetzt, daß ein fähiger Kopf als Geschäftsleiter an der Spitze steht.

Andererseits lehrt die Erfahrung, daß jede Genossenschaft entweder zu Grunde ging oder doch ohne Erfolg blieb, wenn jeder Theilnehmer der Klügste sein wollte, das autoritative Moment fehlte, dem sich alle unterordneten.

## Rundschau.

**Bauhandwerker-Fachschulen.** Zur Entscheidung der Frage, ob es wünschenswerth ist, neben den bestehenden Baugewerkschulen noch für Bauhandwerker Fachschulen mit niedrigen Zielen zu errichten, sollen auf Veranlassung des Handelsministers durch die Oberpräsidenten Erhebungen angestellt werden. In dem deshalb ergangenen Erlasse wird Folgendes ausgeführt:

Die Baugewerkschulen sind dazu bestimmt, Baugewerkmeister und mittlere Techniker heranzubilden. Ihre Endlehrziele gehen über das Bedürfnis solcher Bauhandwerker hinaus, die neben tüchtigem praktischen Können zwar Verständnis für Bauzeichnungen haben und mit der Ausführung vertraut sein müssen, einer weitergehenden zeichnerischen Fertigkeit aber ebenso wie der Kenntnisse in der Mathematik und auch wohl in der architektonischen Formenlehre entbehren können. Der Minister beabsichtigt, der Frage näher zu treten, ob nicht Anstalten zu errichten sind, an denen Bauhandwerkern Gelegenheit gegeben würde, sich neben einer gewissen zeichnerischen Fertigkeit in der Baukonstruktionslehre, der Baukunde und der Ausführung die Kenntnisse anzueignen, die etwa von einem tüchtigen Polier verlangt werden, und zwar durch einen vollen Tagesunterricht von zwei Semestern oder durch einen auf vier bis sechs Halbjahre ausgedehnten Abendunterricht. Ueber die passendste Art der Organisation u. s. sollen auf Grund der jetzt eingeleiteten Erhebungen später weitere Beschlüsse gefaßt werden.

**Die Arbeit „unter Tage“.** Die Sektion 2 der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft im Oberbergamtsbezirk Dortmund ist mit ihrem Geschäftsbericht herausgekommen. Nach demselben sind im Jahre 1899 — 23,964 Unfälle zur Anmeldung gelangt. Das sind auf 1000 versicherte Personen 116,53 und auf den Arbeitstag 79,88 Unfälle gegen 75,88 und 26,28 Unfälle im Jahre 1886. Gegen das Vorjahr haben die Unfälle um 14,39 Prozent zugenommen. Massenunglücke kamen im abgelaufenen Jahre 2 vor, eins auf Zeche Mont-Cenis mit 22 Verletzten und eins auf Zeche Necklinghausen mit 4 Todten und 14 Verletzten. Schlagwetter- bezw. Kohlenstaub-Ex-

plosionen wurden 34 angemeldet. In 15 Fällen wird die Ursache auf die Gefährlichkeit des Betriebes, in 15 anderen Fällen auf die Schuld der Arbeiter zurückgeführt. In den übrigen Fällen wurde die Ursache nicht festgestellt. Diese 34 Explosionen vertheilen sich auf 32 Zechen. Getödtet wurden dabei 7 Personen, verletzt 42. Von den letzteren sind nachträglich 8 gestorben. Durch Stein- und Kohlenfall wurden 1143, beim Befördern von Lasten 967, durch Sturz in Schächte 287, durch bewegte Maschinenteile 251, durch Explosion 116 und durch glühende Metallmassen 36 Unfälle verursacht.

**Nachdem die Unfallversicherungsnovelle** Gesetz geworden ist, wird es eine der ersten Verwaltungsaufgaben sein, die hierdurch bedingten Aenderungen der berufsgenossenschaftlichen Organisation vorzubereiten. Einzelne neue Gewerbe und verschiedene neue Theile von schon der Versicherungspflicht unterliegenden Berufszweigen sind ihr unterstellt worden, und es wird sich darum handeln, sie in die schon vorhandenen Organe einzugliedern oder neue Organe für sie zu schaffen. In einzelnen Arbeitgeberkreisen scheint nun die Vorstellung zu herrschen, als ob diese Arbeit allein Sache der Unternehmer der neuen in die Versicherungspflicht einbezogenen Betriebe sei. Das ist ein Irrthum. Die Lösung der Frage dürfte in ganz gleicher Weise verlaufen, wie in der Mitte der achtziger Jahre bei der Mehrzahl der jetzt bestehenden gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die Organisationsvorarbeiten dürften vom Reichs-Versicherungsamt in die Hand genommen werden, und dieses wird dann allerdings, wie dies auch früher geschehen ist, sich zunächst an die Interessentkreise um gutachtliche Aeußerungen und um Bekanntschaft der etwa schon bezüglich der Organisation vorhandenen Wünsche wenden. Es ist selbstverständlich, daß hierauf möglichst Rücksicht genommen werden wird, indessen wird doch bei der Erwägung der Bildung neuer Berufsgenossenschaften auch mancher andere Gesichtspunkt als der bloße Wunsch der Interessenten, beispielsweise recht stark der Gesichtspunkt der Lebensfähigkeit einer in Vorschlag gebrachten neuen Berufsgenossenschaft, zur Berücksichtigung kommen. Wenn das Reichsversicherungsamt die Vorarbeiten erledigt haben wird, werden seine Vorschläge an den Bundesrath gehen, und dieser hat auch nach dem neuen Gesetze die Endentscheidung bei der Abgrenzung und Bildung von Berufsgenossenschaften. Es ist ziemlich sicher, daß sich bei der Gelegenheit auch die Wünsche äußern werden, die von einzelnen, schon jetzt mit anderen in einer Berufsgenossenschaft vereinigten Gewerben auf Bildung eigener Genossenschaften nach dem Vorgange der Fleischerlei, die früher in der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft war, jetzt aber eine eigene bildet, gehegt werden.

**Wie die Bauunternehmer** ihre sozialen Pflichten auffassen, zeigt uns eine Mittheilung aus Ulm, wonach dieselben nachstehendes Ansinnen an die Auftraggeber richten:

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hatte beim dortigen Gemeinderath Vorstellungen erhoben, in die Bauverträge eine **Streiklausel** streng lautenden Inhalts aufzunehmen. Danach wünschen die Arbeitgeber in jedem Falle von der Zahlung einer Konventionalstrafe im Falle der Unterbrechung eines Baues an den Bauherrn befreit zu sein und zwar nicht nur, wenn die Arbeiter aus irgend welchen Erwägungen in einen Streik eintreten, sondern auch, wenn es den Arbeitgebern gefällt, ihre Arbeiter auszusperrn. Die Baukommission, welcher dieser schöne Antrag zunächst zur Verathung vorlag, ist zu dem Ergebnis gekommen, daß ein ausreichendes Bedürfnis zur Annahme einer solchen Bestimmung nicht gegeben sei und es angebrachter wäre, sich von Fall zu Fall darüber zu entscheiden. Als weiterer Grund zur Ablehnung eines derartigen Antrages wäre die Erwägung maßgebend gewesen, daß die Kommission es nicht für angemessen gehalten habe, sich in eine sozialpolitische Frage dieser Art hineinzuweisen und diese im Schoße der Kollegien zum Austrage zu bringen. Die Kollegien schlossen sich einstimmig diesen Ausführungen der Baukommission an.

Hiernach sollen sich nun die Bauherren bereit finden, die Handhabe zur Niederdrückung der Arbeiter zu geben, sobald es den Bauunternehmern beliebt. Wir halten die seitens der dortigen städtischen Behörden hierauf gegebene Antwort noch für viel zu nachgiebig, als eine schärfere Tonart für solches Verlangen ihnen gebührte.

**Vom Submissionswesen.** Die Handelskammer in Halle a. S. hat an den Reichskanzler und den preussischen Arbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in welcher hinsichtlich der anderweitigen Regelung der öffentlichen Vergabung der Arbeiten und Lieferungen folgende Vorschläge gemacht werden:

1. Der Zuschlag bei einer öffentlichen Vergabung von Arbeiten und Lieferungen, die gewohnheitsmäßig von Handwerkern einschließlich des Kunstgewerbes ausgeführt werden, hat an dasjenige Gebot zu erfolgen, welches dem Mittelpreise der eingegangenen Anschläge von unten am nächsten kommt.
2. Bei Aufstellung von Vorausschlägen für die Ausschreibung von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen, sowie Einholung von Auskünften über die Leistungsfähigkeit der Bewerber ist, soweit erforderlich und zugänglich, die Handwerkskammer zu hören.
3. In erster Linie sind nur die Angebote von Handwerkern und zwar des Bezirks zu berücksichtigen, auf den die Verwaltung der ausschreibenden Behörde sich erstreckt. Generalentreprise ist

ganz zu verbieten und die Ausschreibung in möglichst vielen kleinen Loosen zu erlassen.

4. Bei einem Ausstände ist die Lieferungszeit um die Dauer desselben hinauszuschieben und eine durch denselben erzielte Vohnerhöhung verhältnismäßig im Preisanschlag in Anrechnung zu bringen.

Der letzte Punkt wird die Gegenliebe der Behörden kaum finden, er ist viel zu unklar gefaßt, als daß sich etwas mit ihm anfangen ließe. Was ist ein „verhältnismäßiger“ Preiszuschlag? Da kann ja alles Mögliche „verhältnismäßig“ angerechnet werden. Auf diesen Punkt wird sicher keine Behörde eingehen und die Handelskammer in Halle a. S. hätte am besten gethan, denselben überhaupt unter den Tisch fallen zu lassen.

**Arbeitsnachweis-Konferenz.** Vor Kurzem hat in Wiesbaden die vierte Konferenz für öffentliche Arbeits-Vermittlungsstellen der Rhein- und Maingegend stattgefunden, welcher auch Vertreter der preussischen und hessischen Regierung beiwohnten. Der Vorsitzende der Wiesbadener Arbeitsvermittlung für Frauen betonte in seinem Bericht, daß der Nachweis besonders für weibliche Dienstboten gute Erfolge aufzuweisen habe. Diese Vermittlungsinstanz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer habe einen verfühnlischen Einfluß ausgeübt, das Interesse gegenüber dem Mißtrauen und der Vernachlässigung, womit gerade dieser Arbeitsnachweis Anfangs zu kämpfen gehabt habe, habe sich stetig gehoben. Besonders bewährt hat sich in Wiesbaden das Damenkomitee nach Baseler Muster, sowohl hinsichtlich seiner Mitwirkung im Geschäftsbetrieb wie auch nach außen hin. Zur Gewinnung geeigneter Kräfte trat der Vorsitzende mit allen Frauenvereinen ohne Rücksicht auf Konfession u. in persönliche Verbindung. Bis jetzt ist nur München dem Wiesbadener Beispiel gefolgt. Bewährt hat sich auch die Errichtung einer besonderen Vermittlungsstelle für feinere weibliche Berufsarten. Die Zahl der gewerblichen Vermittlerinnen ist in Wiesbaden seit der Thätigkeit des Vereins von 78 auf 15 gesunken! Ein Vorschlag des Redners, der gewerblichen Stellenvermittlung durch Verbot des Anwerbens auf der Straße und durch Regelung des Schlafstellenwesens noch weiter zu Leibe zu gehen, erregte eine lebhafteste Diskussion. Der Polizeipräsident von Wiesbaden, Prinz Ratibor, erklärte sich bereit, deshalb mit München und Hamburg sich in Verbindung setzen zu wollen. Der Dienstbotenmangel sei eine im ganzen Reiche zu beklagende Erscheinung. Durch praktische Vereinfachung des Haushaltbetriebs, wie durch gesteigertes soziales Verständnis werde er mit der Zeit überwunden werden. Ein Delegirter aus Köln berichtete über die Wirksamkeit des dortigen Arbeitsnachweises für Frauen. Er stellte fest, daß die gewerbliche Gesetzgebung den Dienstbotenstand der gewerblichen Arbeiterinnen gegenüber infolge der veralteten Dienstbotenordnung stark beeinträchtigt.

Den Antrag auf staatliche Subventionirung der Arbeitsnachweisstellen hat die Regierung speziell für Frankfurt und Wiesbaden aus Mangel an Mitteln abgelehnt. Im Jahresbericht pro 1899/1900 wird hervorgehoben, daß der Umfang der Geschäftsthätigkeit der Arbeitsnachweisstellen in Frankfurt und Wiesbaden erheblich gestiegen sei. Von den mittleren Städten zeigt Worms den größten Aufschwung, während in Darmstadt, Offenbach, Gießen kaum von einer Aufwärtsbewegung die Rede sein könne. Von offenen Stellen konnten wenig mehr als 60 Proz. besetzt und von den Arbeitsgesuchen wenig mehr als 50 Proz. befriedigt werden. Im Allgemeinen war der Erfolg der Vermittlungsthätigkeit wiederum, bei einer Besetzung von 78,7 Proz. der offenen Stellen und Unterbringung von 60,6 Proz. der Arbeitsuchenden, in Frankfurt am größten. Daneben zeigt nur Wiesbaden in der Männerabtheilung eine einigermaßen befriedigende Ziffer. Als Ort der nächstjährigen Versammlung wurde Worms gewählt.

**Die Lohnzahlung in gewerblichen Betrieben.** Im Reichstage ist eine Untersuchung darüber angeregt worden, ob die Lohnzahlung am Sonnabend, die fast überall gebräuchlich ist, aber vielfach angefochten wird, oder an einem anderen Wochentage stattfinden soll. Auf Veranlassung des Reichsamtes des Innern hat u. a. die Handelskammer zu Köln auf ihre Anfrage bei ca. 70—80 Firmen ihres Bezirkes festgestellt, daß die Lohnzahlung nur meistens am Sonnabend stattfindet, vereinzelt aber auch an allen anderen Wochentagen. In manchen Betrieben wird an bestimmten Monatstagen, namentlich am 10., 20. und 30. gezahlt. Fast einmützig erklären sich die Firmen, die auf die Umfrage geantwortet haben, gegen die gesetzliche Festlegung oder den Ausschluß bestimmter Tage für die Lohnzahlung. Nach einem Referat in der „Köln. Ztg.“ wird der moralische Einfluß, den die Wahl des Löhnungstages auf die Arbeiterschaft auszuüben im Stande ist, von vielen Arbeitgebern für sehr gering erachtet. Die Arbeiter seien mit der bestehenden Art der Lohnzahlung einverstanden. Eine Anzahl der befragten Firmen spricht sich allerdings mit Entschiedenheit gegen die Lohnzahlung am Sonnabend aus, in der Regel mit der Begründung, daß dabei die Versuchung, das verdiente Geld am Sonntage unzweckmäßig zu verwenden, zu groß sei, und daß die Frauen der Arbeiter dabei nur schlechte Gelegenheit zu Einkäufen hätten. Demgegenüber wird aber betont, daß der Sonnabend als Vohntag jedenfalls dann angemessen sei, wenn Arbeiter von außerhalb nur von Sonnabend Abend bis Montag Morgen zu Hause weilten. Auch im Interesse des Betriebes wird für die Sonnabend-

löhnung nach vorgenommenen Versuchen geltend gemacht, daß dabei die Arbeiter am Montag oder doch wenigstens am Dienstag wieder arbeitsfähig seien, während, wenn an einem anderen Tage gelöhnt werde, vielfach der folgende Tag verloren gehen werde, ohne daß man darum auf Befestigung des „blauen Montags“ rechnen könne. Einzelne Firmen dagegen haben sehr gute Erfahrungen mit einer Lohnzahlung an anderen Tagen, dann auch am Sonnabend Vormittag oder frühen Nachmittag gemacht.

Dieserjenigen, die am ersten im Stande sind, praktische Erfahrungen zu sammeln, sind also durchaus verschiedener Meinung. Man darf, was in dem Berichte der Kammer nicht erwähnt wird, nicht übersehen, daß die Hauptsache — abgesehen von den örtlichen Marktverhältnissen — die Qualität der Arbeiter ist. Ist der Arbeiter solid, so wird er am Tage nach der Lohnzahlung nicht blau machen, ganz egal, ob das ein Sonnabend oder ein anderer Tag ist.

**Ueber den Arbeitermangel** berichtet die Handelskammer Hirschberg-Schönau. Auf fast allen Gebieten herrschte Mangel an Arbeitern. Die schwierige Lage der Landwirtschaft, die im Bezirk während des letzten Jahres allerdings auch unter der Ungunst der Witterung, unter allzu starken Niederschlägen und einem bedeutenden Hochwasser im September zu leiden hatte, ist zur Hauptsache auf die Schwierigkeit, um nicht zu sagen Unmöglichkeit, ausreichend Arbeitskräfte zu erhalten, zurückzuführen. Alle Versuche, erfolgreich diesen Uebelstand zu bekämpfen, sind bisher mehr oder minder fehlgeschlagen. Auch die Landwirtschaft wird daher — durch die Noth gezwungen — im Laufe der Jahre lernen, an Stelle der Arbeitskraft des Menschen die der Maschinen in größerem Umfange, als bisher, zu setzen. Um aber die Deutenoth der landwirtschaftlichen Betriebe nicht noch zu vergrößern, erscheint es uns — so sehr wir auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des deutschen Arbeiters für wünschenswerth halten — dringend geboten, zur Ausführung der großen öffentlichen Bauten im Bezirk, zur Ausführung der Eisenbahn- und Hochwasserschutzbauten möglichst starke Kolonnen ausländischer Arbeiter oder Gefangener heranzuziehen. Auch die Industrie des Bezirkes könnte einen Abzug weiterer Arbeitskräfte nicht vertragen. Schon jetzt führen fast alle Zweige unserer Industrie berechtigte Klage über den Mangel an Arbeitern. In verschiedenen Branchen, so in der Textil-, in der Eisenwaren- und in der Wärmorkalk-Industrie, sah man sich zu Lohnerhöhungen veranlaßt. Ferner fühlte sich eine Anzahl Industrieller, um einen Stamm sekhafter Arbeiter zu erziehen, bewogen, Arbeiterwohnhäuser zu errichten. Aber auch sonst fehlte es, während das Reich mit dem Ausbau der Alters- und Invaliden- und der Unfall-Versicherung mit gutem Beispiel voranging, im Bezirk erfreulicherweise nicht an der Bethätigung sozialen Empfindens. In Hirschberg nahmen fast gleichzeitig zwei Vereine, deren Ziel der Bau von kleinen Wohnungen und die Errichtung eines Volksbrausebades ist, ihre Thätigkeit auf. Schließlich wurden auf die dankenswerthe Anregung der königlichen Regierung zu Biegen hin Central-Arbeitsnachweisstellen in den Kreisen des Regierungsbezirks gegründet und diese zu Beginn des neuen Jahres zu einem Verbands für den ganzen Bezirk vereinigt.

**Arbeitsvermittlung und Kriminalität.** Das städtische Arbeitsamt Würzburg hat seinen dritten Geschäftsbericht versendet, aus dem eine erfreuliche Wirksamkeit des Amtes zu ersehen ist. Der Bericht enthält auch eine interessante Zusammenstellung über die Wirkung der Arbeitsvermittlung auf die Kriminalistik. Die Inanspruchnahme des Amtes ist in den drei Jahren seines Bestehens ständig gestiegen; im letzten Jahre wurden ca. 22,000 Stellen angeboten, 14,000 gesucht und 12,000 besetzt. Gleichzeitig beobachtete man: Die Kriminalstatistik pro 1896 weist wegen Bettel und Landstreicherei (§ 361 Str.-G.-B.) 1236 Verurtheilungen im Stadtbezirk Würzburg nach; im Jahre 1897, wo das Arbeitsamt errichtet wurde, sank diese Zahl auf 453 und in den folgenden Jahren auf 372 und 282. Der Bericht bemerkt dazu:

„Alle Anzeichen und Beobachtungen an der Kriminalistik bis zum Jahre 1897 lassen darauf schließen, daß, wenn das Arbeitsamt nicht ins Leben gerufen wäre, eine Vermehrung der Verurtheilungen in Folge thätfächlich vermehrten Zugangs zur Stadt, sicherlich eingetreten wäre. Die Abminderung der Verurtheilungen von 1236 im Jahre 1896 auf 282 im Jahre 1899 ergibt eine Rückschrittsziffer von netto 1000. Eine solche Ziffer verdient aber möglichst hochgehängt zu werden und berechtigt gewiß zu der Frage: „Welches Polizeiaufgebot wohl erforderlich gewesen wäre, diesen verderblichen Auswuchs des gesellschaftlichen Lebens so zurückzudämmen, wie ihn ein in Ruhe und Stille thätiges Arbeitsamt in Wirklichkeit zurückgedrängt hat? Ob eine Polizeimacht überhaupt im Stande wäre, hier wirksam einzugreifen, ist jedenfalls zu bezweifeln; denn gegen Hunger und Noth muß naturnothwendigerweise mit ganz anderen Mitteln eingegriffen werden als wie mit polizeilichen Nachmitteln und Aufgeböten. Der Rückgang läßt deutlich genug erkennen, daß früher — d. i. vor 1897 — mancher mangels Arbeit und deshalb nothgedrungen dem Bettel sich ergab bezw. ergeben mußte. Wie viele von diesen 1000, die durch Zuweisung von Arbeit nicht verurtheilt wurden, wären zum ersten Male dem Strafgesetzbuch anheimgefallen! Wie sehr sich Jeder vor der ersten Strafe vorsteht, und welche verderblichen Folgen

oftmals die erste Strafe nach sich zieht, soll hier nicht Gegenstand näherer Erörterung sein, weil hierzu berufenere Faktoren da sind, aber kurz darauf hinzuweisen, dazu dürfte das Arbeitsamt schon eine berechnete und genügende Veranlassung haben. Gerade bei Bettlern und Landstreichern wirkt die erste Bestrafung am häufigsten demoralisierend."

Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen, sie sprechen für sich selbst. Dazu ist noch zu bemerken, daß auch die Zahl der „Kunden“ der Verpflegungsstationen abgenommen hat: im Jahre 1899 wurden 1328 Personen weniger verpflegt als 1896. Das sind wiederum Beweise für die Nothwendigkeit öffentlicher Arbeitsnachweise. Leider giebt es jetzt in Deutschland erst gegen 120 . . .

## Technisches.

**Ueber Treppenkonstruktion** handelt nachstehender Artikel, der für manchen Tischler, besonders Bautischler, wohl von einigem Interesse sein wird.

Die Treppe bildet mit dem Hause ein Ganzes und steht fest und sicher an dasselbe angelehnt, vorausgesetzt, daß die Hausmauern oder die Scheidewände von solcher Art sind, daß sie fähig erscheinen, die Treppe zu halten und zu tragen.

Die hinteren Wandungen, seien sie nun von gerader oder gewölbter Form, nach dem Grundrisse und der Höhe richtig ausgeschnitten, werden mit Verständniß an den Wänden befestigt. Ist dies geschehen, so werden vom unteren Ende anfangend die Stoßbretter angenagelt, und zwar genau nach Wasserwaage und Riß; alsdann werden die Tritte, welche nicht eingenuthet, sondern mit einer passenden Rehlung und Stoßleiste versehen, die auch am vorderen Ende herumläuft und noch mit der vorspringenden Rehlung und Leiste auf die vordere Wange dagegen genagelt und mit dem Stoßbrette verbunden an der vorderen Wange, die sehr leicht und nett hergestellt sein kann, weil sie zur Haltbarkeit und Tragfähigkeit nichts beiträgt, ja ganz entbehrlich wäre.

Ist der Schnitt des Stoßbrettes auf die scharfe Kante gerichtet, so daß eine Hirnholzkante nicht sichtbar wird, so wird die Treppe ihrer ganzen Höhe nach zusammengenaagelt: Eines verbindet und hält das Andere. Die Stoßbretter werden sicher und fest unter die Tritte gepakt, weil man sieht, und ein Anarren ist nicht möglich. Jeder Bautischler wird und muß wissen, was ein mit Verständniß und gut angenageltes Brett von 15—20 cm Breite an einer fest und sicher angemachten Wange für eine Tragfähigkeit hat. Ich habe an ein solches Brett von 1 m Länge ein Gewicht von 3 Centner an sein vorderes Ende gehängt, ohne daß es sich geneigt hätte, und nun die Wange vom Stoßbrette und Tritte zusammen verbunden, entsteht eine Tragfähigkeit, so daß die vordere Wange entbehrlich wäre, wenn nicht dadurch das Ansehen beeinträchtigt würde; und doch könnte eine Kompanie Soldaten eine solche Treppe im Schritt passieren, ohne daß dieselbe sich rühren würde. Hier ist, glaube ich mit Ueberzeugung sagen zu können, die Tragfähigkeit dieser Treppen mit Bestimmtheit nachgewiesen. Die Herstellung ist eine viel einfachere und schnellere und der Grundriß nach Berechnung und Maß hergestellt. Nur werden die Tritte an ihrem vorderen Ende so viel als der Vorsprung beträgt länger und die hintere Seite wird durchgezogen. Der ganzen Wangenbreite nach wird der Sockel, welcher entsprechend der Tritthöhe und Schweifung noch auf die Wange aufgenagelt und befestigt wird, zugegeben und das weitere Verfahren ist gleich dem anderen. Ich brauche das Holz der Tritte nur abzuhebeln. Habe ich festes Holz zum Tritte, so ist ein Vorbohren nothwendig, nur darf der Bohrer nicht dicker sein als der zu verbrauchende Stift, wodurch sonst die Haltbarkeit und Festigkeit zerstört würde. Die Rehleisten kann man kaufen, und das Ansehen einer solchen Treppe ist ein leichtes und gefälliges; außerdem hat man bei derselben Breite doch eine weitere und schönere Gangspur gewonnen. Das Reinigen ist viel leichter und angenehmer, wenn auch bei der hinteren Wange das Eindringen des Wassers ermöglicht ist, das Ganze trocken auch viel schneller aus, wenn die Luft von allen Seiten Zutritt hat.

Die hintere oder Wandwange muß aus gutem und passendem Holze hergestellt sein, aber ich kann, wenn mit Umsicht verfahren, alle vorkommenden Fehler und schlechten Stellen des Holzes zum Ausschneite bringen, und diese Mühe des richtigen und schönen Eintheilens lohnt sich doppelt, indem man drei Wangen ausschneiden kann, bis eine gestemmt ist. Die vordere Wange wird des besseren Ansehens halber aus passendem Holze leicht und schön hergestellt und so gerichtet, daß die Handlehne gleich beim Ausschneite mitgeschnitten wird, was die Arbeit sehr erleichtert. Die Bruchstücke, seien sie von welcher Art immer, werden ebenso hergestellt, so daß nach richtiger Bearbeitung und Aufreißen der Treppenschufen das Geländer genau abgeschnitten werden kann. Nun kann ich mein Geländer in der Werkstätte mit leichter Mühe genau und richtig fertigtstellen, und habe keine unnütze Arbeit im Bau, sondern bloß noch das Festmachen und Einbohren der Trillen, und selbst dieses kann, wenn sie von Holz werden, in der Werkstätte nach dem Grundrisse geschehen, was viel besser und sicherer ist als im Bau.

Eine Erneuerung und ein Ausbessern beschädigter Tritte ist nach dem Gesagten mit leichter Mühe möglich, es ist nur ein vorsichtiges Abnehmen und Wiederaufnageln nöthig. Die richtige Berechnung

einer Treppe, welche mich noch nie getäuscht hat, ist die, daß 12 Stoßbretterhöhen und eine Trittbreite genau 0,60 Meter ausmachen; also zum Beispiel das Stoßbrett hat eine Höhe von 0,25 Meter, macht zweimal 0,50, folglich wird die Trittbreite ohne Vorsprung genau 0,10 Meter. Auf einer solchen Treppe läßt es sich aber gehen ohne zu stolpern; kann man doch auch eine richtig angestellte Leiter mit leichter Mühe begehen. Kein Hinderniß, sei es vor mir, neben, hinter oder über mir, kann mich beim Ausführen einer solchen Treppe stören; ich kann die hintere oder Hauptwange aus Stücken zusammensetzen, ohne dadurch die Haltbarkeit und die Tragfähigkeit der Treppe zu stören. Die Herstellung ist, wie schon erwähnt, eine viel schnellere und bessere. Ein Zusammenpassen in der Werkstätte ist nicht nöthig; wenn der Tritt genau nach dem Grundrisse gearbeitet und die Wangen ebenso ausgeschnitten sind, so ist ein Passen sämtlicher Bestandtheile unbedingt sicher. Das Aufstellen der Wandwangen ergibt sofort alle vorkommenden Mängel, seien sie nun im Maße oder in der schlechten und ungenauen Ausführung der Hauswand zu suchen. Paßt dieselbe genau, so ist alles Uebrige eine Kleinigkeit, denn es muß dann Alles genau und richtig stimmen.

Die Stifte sollen durch die Tritte im schrägen Winkel gegeneinander gefestigt sein, wodurch die Haltbarkeit bedeutend erhöht wird, und man ist mit Umsicht und Verständniß im Stande, einen selbst wirklich krummen und verzogenen Tritt regelrecht gerade aufzumageln. Auch auf das Nageln der Stoßbretter ist Bedacht zu nehmen, daß die Stifte sich gegenseitig als Hebel unterstützen.

Eine solche Treppe ist im wahren Sinne des Wortes eine freitragende zu nennen; kein Einkeilen ist nöthig, keine Fing- und Halt-eisen zur Befestigung der vorderen Wange erforderlich, das Aussehen ist ein gefälliges und leichtes, die Ausführung besser und leichter. In diesem Sinne möchte ich wünschen, daß diese Art Treppen recht viele Nachahmer finde und ihre Anwendung sich Geltung verschaffe. y.

**Die Produktion der Edelmetalle.** Die allgemein gehegte Befürchtung, die kriegerischen Verwickelungen in Süd-Afrika könnten auf die Haltung des Edelmetallmarktes einen ungünstigen Einfluß hervorrufen und eine Hausse von weittragender Bedeutung zeitigen, hat sich nicht bewahrheitet. In den Goldminen Transvaals wird ruhig gearbeitet und die Produktionsziffern der Chartered Company, die periodisch an den großen Börsen Europas kursiren, weisen keinerlei Abwärtsbewegung auf. Nicht uninteressant ist es, bei dieser Gelegenheit einen Blick auf die Entwicklung der Edelmetallproduktion der Erde zu werfen, die seit dem Jahre 1894, in welchem eine berufene Hand eine umfassende Statistik aufmachte, sich sehr erheblich gesteigert hat. Im Jahre 1897 partizipirten an der Goldproduktion: Afrika mit 245 Millionen Mark (1894: 169 Mill.), Vereinigte Staaten 241 Millionen Mark (1894: 166), Australien 236 Millionen Mark (1894: 175). In weitem Abstand folgen dann: Rußland mit 97, Mexiko 40, Ostindien 30 1/2, Canada 25,3, Guyana 18, Columbia 12 1/2, die südamerikanischen Staaten 15, Oesterreich-Ungarn und China je 9, Deutschland 5,7 und Brasilien 5 Millionen Mark. Im Jahre 1858 schwang sich Afrika in Folge Eröffnung einiger besonders ergiebiger Minen an die Spitze der Gold produzierenden Länder und hat diesen Platz von da ab unbeschränkt behauptet. Das Jahr 1898 hat den Vorausschlag der Weltwirtschaftspolitiker durchaus bestätigt, nach welchem Afrika seine Produktion auf eine entscheidende Höhe hob und mit einer Produktion von über 300 Millionen Mark sich die dauernde Vorhut sicherte.

Die Annahme, die Goldproduktion gehe zurück und der Silberwährung sei eine aussichtsreiche Zukunft eröffnet, ist vorläufig durch die Thatsachen ad absurdum geführt worden, was auf die Freunde der Silberwährung besonders in Amerika einen depressirenden Eindruck hervorrief. Das Ertragskontingent hat sich in den Hauptgold-districten ganz erheblich erhöht und zwar haben innerhalb fünf Jahren Afrika und Indien das Doppelte, Australien das Vierfache, Westaustralien das Sechsfache ihres früheren Ertrages auf den Markt gebracht. Die Gesamtgoldproduktion der Erde betrug 1894 272 000 Kilogramm mit einem Werthe von 758 Millionen Mark, während sich die Ausbeute per 1897 auf 357 000 Kilogramm mit einem Werthe von 997 Millionen Mark bezifferte. Die erhebliche Steigerung, wie sie uns in diesen beredten Zahlen vor Augen tritt, ist in erster Linie auf den intensiveren Abbau der Transvaalminen und nicht zum Wenigsten auf die Entdeckung der Alaskagoldfelder zurückzuführen. Auch die Vervollkommnung der neueren chemischen Aufschmelzmethoden, die Erschließung der Gold-districte durch die neueren Verkehrsmittel und die Interessennahme des Kapitals haben ihren wesentlichen Antheil an dieser Steigerung. Es gewinnt nach alledem den Anschein, als ob sich die Natur und der neuzeitige Fortschritt gemeinsam verbunden hätten, um die Bürgschaft dafür zu schaffen, daß die Goldfluth noch lange nicht eine Stauung erleiden, sondern noch weiter anwachsen wird.

Die Silberproduktion, der schon so manches Grablied gesungen worden ist, zeigt merkwürdiger Weise per 1897 ebenfalls eine Steigerung. Man hatte allgemein in Folge der niedrigen Silberpreise und den dadurch herbeigeführten schleppenden Gang einiger großer amerikanischer Minen eine wesentliche Reduktion der Produktionsziffer erwartet. Die letztere erreicht per 1897 5 1/2 Millionen Kilogramm, was einem Prägwerthe von 994 Millionen Mark (mithin nur 4 Millionen weniger, als die Goldausbeute) entspricht. Der Löwenantheil der Erhöhung fällt auf Amerika, wo sich die

Produktion um 32 Millionen und auf Australien, wo sie sich um 26 Millionen Mark gehoben hat.

Der Haupttheil der Produktion (80 Prozent) entfällt auf Amerika und zwar auf die Vereinigten Staaten und Mexiko mit je 292 Millionen, Central- und Süd-Amerika 186 Millionen Mark, Canada 30 Millionen Mark. Die anderen Länder liefern dem Silbermarkt Australien für 86 1/2 Millionen Mark, Spanien 31 1/2, Deutschland 29,8, Oesterreich-Ungarn 10 1/2 Millionen Mark. Mitgetheilt vom Patent- und technischen Bureau von Richard Lüders in Görlitz.

## Aus den Ortsvereinen.

**Elbing.** In der zum 20. Juli einberufenen öffentlichen Tischler-versammlung, welche der Gesellenausschuß leitete, wurde über den Stand der Lohnbewegung am hiesigen Orte berichtet. In sämtlichen kleineren Werkstätten, in welchen vor 14 Tagen die Kündigung eingereicht wurde, ist die Arbeit am 21. Juli Abends niedergelegt worden, da die Meister sich zu nichts verstehen wollten. Die kürzere Arbeitszeit wollen sie wohl bewilligen, aber von der Lohn- und Akkordausbesserung, sowie von dem Aushängen des Werkstättentaris absolut nichts wissen. Genosse J. Meckelburg, der den Vorsitz im Gesellenausschuß führt, ersuchte die Kollegen, fest an ihre Forderungen zu halten. In den beiden größten Bauwerkstätten sind die Forderungen bis auf die Punkte: 15 Prozent Akkordzuschlag und Aushängen des Werkstättentaris, welche letztere nur auf Versprechungen beruhten, bewilligt. Da die letzteren Punkte doch die Hauptsache der ganzen Forderungen sind, so beschloßen die Kollegen beider Firmen, durch Unterschriften der daselbst Beschäftigten die Forderung am 21. Juli nochmals einzureichen; sollte auch nichts erreicht werden, auch dort dann in den Ausstand zu treten.

In der am 26. Juli stattgefundenen Vereinsversammlung wurde die Bewilligung der Forderung einer Bauwerkstätte J. K. dem Ausschuß vorgelegt, und zwar in Folgendem: 10 stündige Arbeitszeit, Sonnabends 1/6 Uhr, an den Tagen vor den großen Festen um 4 Uhr Nachm. Feierabend; bei Berechnung des vollen Lohnes; 10 Prozent Lohnerhöhung, 15 Prozent Akkordzuschlag einschließlich der bereits stattgefundenen Erhöhungen im Frühjahr; für Sonntags- und Nachtarbeit 25 Pf., für Ueberstunden 10 Pf. Zuschlag pro Stunde; Montagezuschlag außerhalb für verheiratete Kollegen Mk. 1.— bis 1,50 pro Tag, am Orte selbst 2—3 Pf. pro Stunde zum Werkstättlohn. Mit dieser Bewilligung erklärten sich die Kollegen der Firma zufrieden gestellt. In einer anderen größeren Bauwerkstätte wurde die Forderung durch Unterschrift von 58 unter 70 dort beschäftigten Kollegen bestätigt. Die Fehlenden sind auf Montage; von den alten Kollegen wurde auf die Unterschrift verzichtet. Die Forderungen wurden der Firma am Sonnabend früh eingereicht, Bescheid konnte aber nicht erlangt werden, da der Chef abwesend und der Vertreter desselben nicht ermächtigt war, eine bindende Zusage zu geben. Den daselbst beschäftigten Kollegen wurde daher anheimgegeben, bis Montag um 9 Uhr früh ruhig weiter zu arbeiten, weil bis dahin der Chef zurückkehrt und dann in weitere Verhandlungen eingetreten werden kann. Mit diesem Bescheid erklärten sich die Kollegen nicht einverstanden, da den leitenden Personen von der Sache doch schon zeitig genug Kenntniß war, und somit an den Beschlüssen festzuhalten und in den Ausstand zu treten sei, der jedoch durch spätere Bewilligung der Forderung durch Wiederaufnahme der Arbeit am 25. Juli beendet war. Sämtliche anderen Firmen, namentlich Möbelfischlereien, richten ihr Augenmerk immer auf die größeren Werkstätten bezw. berufen sich einer auf den andern, da keiner der erste sein will, der bewilligt; aber aus dem ganzen Gebahren der Herren Arbeitgeber erhält man die Ansicht, daß sie den Forderungen, durch welche sie selbst nur Vortheile haben, abgeneigt sind, immerhin sind in zwei Werkstätten die Forderungen dennoch bewilligt. Daß sie aus den Forderungen Vortheile erzielen wollen, erzieht man schon daraus, daß von Seiten der Innung in letzter Woche in den hiesigen Lokalfächtern Preiserhöhungen für Tischlerarbeiten angekündigt wurden. — Wir hoffen und wünschen, daß die Bewegung für uns einen günstigen Verlauf nehme und ersuchen daher unsere sämtlichen Ortsvereine, uns in dieser Hinsicht möglichst zu unterstützen.

J. Klein, Sekretär.

**Themar.** Der Ortsverein der Tischler hatte für Donnerstag, den 27. Juli, eine außerordentliche Ortsvereinsversammlung einberufen, zu welcher auch Gäste Zutritt hatten. In derselben hielt Generalsekretär P. Bambach (Berlin) einen Vortrag über das Thema: „Warum sollen sich die Arbeiter organisieren?“ Referent gab in längeren Ausführungen einen Bericht über die Einrichtungen im Gewerkverein und stellte dabei fest, daß eine Besserstellung für die Arbeiter nur durch Zugehörigkeit zu unserer Organisation möglich ist. Redner ermahnt die Kollegen, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, denn sie sind gleichzeitig eine Schule für die Arbeiter, und nur mit geschulten Arbeitern ist das zu erringen, was unbedingt notwendig ist. Der Referent schilderte ferner die Leistungen des Gewerkvereins und die des Holzarbeiterverbandes und erbrachte den Beweis, daß der Gewerkverein bedeutend mehr leistet als jener Verband. — In der hierauf stattfindenden freien Diskussion wurde dem Gewerkverein der Vorwurf gemacht, daß sich Streifbrecher unsererseits ge-

funden hätten, was verwerflich sei, aber auch seitens des Holzarbeiterverbandes sind solche Nachkollegen zu verzeichnen. Folgende Resolution wurde mit großer Majorität angenommen:

„Die heute im Saal zu den „Drei Rosen“ tagende Versammlung erklärt nach dem gehörten Vortrag, daß es vor allen Dingen notwendig ist, daß sich alle Arbeiter einer Organisation anschließen und empfiehlt als die beste die Organisation des Gewerkvereins der Deutschen Tischler etc.“

X.

**Nachschrift.** Der Tischlerstreik am hiesigen Orte wurde am 23. Juli für beendet erklärt und sind folgende Forderungen bewilligt: 1. Abschaffung des Konventionalvertrages; 2. 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden; 3. hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde behält sich der Fabrikant vor, nächstes Jahr darüber zu verhandeln. — Zugang der Kollegen ist wieder gestattet.

**Worms.** Der Ortsverein der Tischler und verw. Berufsgenossen hier selbst hielt am 20. Juli im „Gasth. zum Rheinthale“ eine öffentliche Gewerkvereins-Versammlung ab, die von etwa 50 Personen besucht war. Gegen 10 Uhr Abends eröffnete der Vorsitzende die Versammlung, hieß alle Kollegen, Verbandsgenossen sowie die erschienenen Gäste herzlich willkommen und erteilte alsdann dem Referenten, Gen. Zielke (Berlin), das Wort zu dem Vortrage: „Was sind, was wollen und was leisten die Deutschen Gewerkvereine.“ Der Redner schilderte in seiner dreiviertelstündigen Rede die Ziele und Zwecke der Deutschen Gewerkvereine und forderte die Genossen auf, sich zahlreicher wie bisher an den Versammlungen und der Agitation zu beteiligen. Ferner besprach Gen. Zielke noch das Innungswesen sowie verschiedene andere Vereinigungen und forderte schließlich die Kollegen auf, sich mehr und mehr unserem Gewerkverein anzuschließen. Da Mitglieder anderer Verbindungen nur spärlich erschienen waren, obgleich wir sicher und fest auf größere Beteiligung gerechnet hatten, so wurde nun auch leider von dieser Seite sehr wenig erwidert, aber auch von unserer Seite wurden sehr wenig Fragen gestellt, so daß der Referent in seinem Schlußwort nur noch mit wenigen Worten die Kollegen ermahnte, sich reger und treuer an der Agitation für die Deutschen Gewerkvereine zu beteiligen.

Der Vorsitzende dankte im Namen des Ortsvereins der Tischler Gen. Zielke für den Vortrag und schloß hierauf die Versammlung um 11 1/2 Uhr Abends.

Heinrich Ehrenhardt, Sekretär.

**Hannburg.** Am Sonnabend, den 7. Juli, hielt der Ortsverein der Tischler seine Monatsversammlung im Vereinslokal ab. Nach der um 9 Uhr Abends vom Vorsitzenden, Gen. Albrecht, eröffneten Versammlung wurde nach Verlesung und Annahme der Protokolle der Abschluß des zweiten Vierteljahres vom Kassirer, Gen. Voßner, vortragen, aus welchem sich ergibt, daß sämtliche Kassen im genannten Vierteljahr zur größten Zufriedenheit gearbeitet haben. Da gegen diesen Abschluß keine Einwendung erfolgt, auch von den Revisoren bestätigt wird, Alles in größter Ordnung gefunden zu haben, so wird dem Kassirer Entlastung erteilt. Im Weiteren nimmt die Versammlung Kenntniß von der Plenarsitzung des Generalkonvents vom 4. Juni. Der Vorsitzende, Gen. Albrecht, hebt besonders hervor, daß unsere alten und gut bewährten Generalkonventsmitglieder, die Herren Wulff und Liebau, ihre Aemter aus Alters- und Gesundheitsrückichten niedergelegt haben und spricht denselben für ihre vieljährige Thätigkeit in unserer Organisation seinen wärmsten Dank aus. Zugleich heißt der Vorsitzende die neugewählten Beamten in der Hoffnung, daß selbige zur Förderung unserer Organisation mit ihrer ganzen Kraft eintreten, herzlich willkommen, das auch von der Versammlung begeistert aufgenommen wurde. Zu diesem Punkte folgen längere Diskussionen. Unter Verschiedenem wird von Verbandsvertretern bekannt gegeben, daß am Sonnabend, den 21. Juli, eine öffentliche Gewerkvereinsversammlung im Schützenhause stattfindet, in welcher Herr Paul Spröde (Halle) referirt. Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist („Die Deutschen Gewerkvereine und ihre Gegner“), so ladet der Ausschuß die Mitglieder zu dieser Versammlung zum vollzähligen Erscheinen ein. — Schluß der Sitzung 11 3/4 Uhr Abends.

J. A. L. Jung, Sekretär.

**Halle a. S.** (In eigener Sache.) Auf den Artikel aus Themar in Nr. 30 der „Eiche“ will ich noch Folgendes zur Aufklärung für unsere Genossen hinzufügen: Die liebe — Kollegin der „Eiche“, die „Holzarbeiterzeitung“, bringt in ihrer Nr. 28 Seite 6 unter der Spitzmarke, „Glückwünsche und Arbeiterfeste“ eine von P. Braum (Düsseldorf) unterzeichnete, auf Grund § 11 des Preßgesetzes verlangte Berichtigung. Die Redaktion ermahnt in einer Nachschrift, daß die Artikelschreiber nur streng der Wahrheit gemäß berichten sollten, sonst hörte der Spaß auf —, hat aber jedenfalls nicht geahnt, daß sich in gleicher Nummer ebenfalls ein — von einem sich bei seiner Verwaltung hochstellen wollender Einsender — nicht ganz mit der Wahrheit übereinstimmender, eher nach Nachsicht lechzender Artikel aus Themar unter der Marke „Auch eine Lohnbewegung“ befindet. Hätte sich der Einsender nur halbwegs bemüht, über die Versammlung am 23. Juni, in welcher Unterzeichneter über Arbeitgeber- und Arbeiter-Organisationen sprach, zu informieren, hätte er es garnicht wagen dürfen, seiner Holzarbeiterzeitung so Unwahres einzusenden. Unseren Genossen gereiche deshalb Nachstehendes zur Aufklärung: Die Tischler in Themar, Gewerkvereiner wie Verbändler, sowie auch Indifferente, hatten bereits Pfingsten gemeinschaftlich die Forderungen an die beiden Möbelfabrikanten auf-

gestellt und dieselben durch eine Kommission von 3 Gewerkvereiner und 3 Verbändlern unterbreiten lassen und um Rückantwort bis 24. Juni gebeten. In der am 23. stattgefundenen Versammlung war ich nun nicht, wie die Holzarbeiterzeitung schreibt, als Vertreter der Zentralkommission (ist uns überhaupt unbekannt) sondern vom Generalrath zur Aufklärung unserer Mitglieder bei einem etwa ausbrechenden Streit entsandt. In dieser Versammlung, welche doch nur in letzter Stunde vor der Rückantwort war, hätte ich nun, nach dem Verlangen des Einsenders der Holzarbeiterzeitung, höhere Forderungen stellen lassen — oder auch selbst stellen sollen. — Das ist doch ein sehr frivoles Verlangen, — zumal in der Diskussion mehrere der anwesenden Verbändler zu öfterem erklärten, daß die Tischler in Themar — was man wohl aus nicht viel Orten sagen kann — sich in einen Rosengarten befinden könnten, wenn nur halbwegs unter den Kollegen Einigkeit herrsche, und die Hauptforderung des Konventionalvertrages beseitigt wäre, aber kein einziger auch nur daran dachte, höhere Forderungen als die bisher gestellten zu verlangen, was auch die einstimmige Annahme der eingegangenen Resolution beweist, welche lautete: „Die heute im Hotel „Drei Rosen“ tagende Tischlerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten in allen Punkten einverstanden und hält an den gestellten Forderungen in allen Theilen fest.“ Hätte sich nur der Einsender diese Resolution zur Richtschnur genommen, oder sie nur wenigstens geprüft, konnte und durfte er, wenn er es nur halbwegs mit der Wahrheit genau nahm, nicht zu den Ausdrücken in seiner Zeitung kommen. — Es erübrigt sich, im jetzigen Augenblick auf die Forderung selbst einzugehen, so sehr namentlich der letzte Punkt nicht nur die Kritik herausfordert sondern die Sachmuskeln anreizt, — nun so hat der Herr vielleicht über seine Genossen gelacht! Ueber die Gewerkvereiner hätte er es nicht nöthig gehabt, zumal dieselben bei eingetretener Streit, vom ersten Tage an ihre Unterstützung erhalten und nicht wie die Verbändler bei höheren Beiträgen von der zweiten Woche an, auch nicht gegen Schuldscheine. Weiter sei aber dem Einsender noch gesagt, daß nach der Versammlung mehrere Verbändler sich bei mir persönlich für die gegebenen Aufklärungen bedankten, und ein ausgesperrter Verbändler (Bildhauer) sich noch bei meiner Abreise am Bahnhof Rath über einzuschlagende Wege holte, um zu seinem Rechte zu kommen und auch ganz gern erhielt, sodas derselbe auch zu seinem Rechte gelangte. Das, meine ich, ist kollegialisch und solidarisch gehandelt, wenn es auch nicht „modern“ ist. Anders würde es aber wohl ausgesehen haben, wenn sich ein Gewerkvereiner bei den „modernen“ Herren etwas erbeten hätte, bei uns Gewerkvereiner heißt es nun aber einmal „Einer für Alle — Alle für Einen.“

Den Genossen von Themar rufe aber noch zu, seit einig in diesem Kampfe und für immer und bleibt fest auf dem Boden der Gewerkvereiner, der Sieg bleibt dann nicht aus. **Albert Schroeter.**

**Neustadt a. Saardt.** Anlässlich der Anwesenheit unseres Bureaubeamten Gen. Zieffe hatte der Ortsverband zum 18. Juli eine öffentliche Gewerkvereiner-Versammlung einberufen, welche von Mitgliedern und Gästen gut besucht war. Der Vorsitzende, Verbandsgenosse Brandstetter, eröffnete die Versammlung bald nach 9 Uhr

Abends und ertheilte nach Begrüßung der Anwesenden dem Referenten, Gen. Zieffe, das Wort zu seinem Vortrage über das Thema: „Was sind, was wollen und was leisten die Deutschen Gewerkvereiner.“ Der Referent erledigte seinen Vortrag in sehr klarer und sachlicher Weise, so daß selbst die Gegner, die sonst bei jeder Gelegenheit über unsere Organisation herfallen, nichts dagegen erwidern konnten. Nachdem sich bei der demnächst eröffneten Diskussion Niemand zum Wort meldete, betonte der Referent in seinem Schlusswort, daß somit alle Anwesenden mit den Zwecken und Zielen unserer Organisation einverstanden seien, und hofft er nunmehr, daß alle nichtorganisirten Arbeiter sich den Deutschen Gewerkvereiner anschließen werden. Der Ortsverbandsvorsitzende Herr Brandstetter schloß hierauf mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Deutschen Gewerkvereiner und dem Wunsche der ferneren Mitarbeit für unsere Organisation die Versammlung um 10 1/2 Uhr Nachts.

Heinrich Müller, Kassirer.

**Bredow a. O.** Die am 14. Juli tagende Ortsvereiner-Versammlung der Tischler spricht den beiden ausgeschiedenen Beamten, Herren Liebau und Wulff, für ihre langjährige Thätigkeit für den Gewerkverein, als unserer guten Sache, den aufrichtigen und wärmsten Dank aus. Gleichzeitig begrüßt die Versammlung die in ihre Aemter neu eingetretenen Genossen, Herren Bamburg und Gafner, mit dem Wunsche, daß es denselben vergönnt sein möge, an dem weiteren Ausbau unseres Gewerkvereiner und zum Segen unserer Mitglieder recht lange arbeiten zu können.

Der Ausschuß. S. A.: R. Voelz, Sekretär.

### Auskunft der „Eiche“.

**Auskunft** in allen Fragen des praktischen Lebens ertheilen wir unseren Mitgliedern gern umsonst, schnellstens und gewissenhaft

**in der Auskunft:** sobald die Anfrage von allgemeinem Interesse ist,

**schriftlich:** sobald es sich um persönliche Angelegenheiten handelt.

Wird schriftliche Antwort gewünscht, dann ist der Anfrage ein mit der Adresse versehenes und postfrei gemachter Briefumschlag beizufügen.

**Richard W.** Der § 206 Abs. 1 der Civil-Prozess-Ordnung schreibt vor, daß, wenn der Aufenthalt einer Partei unbekannt ist, die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung zu erfolgen habe. Lassen Sie sich daher von der Polizeibehörde des Ortes, an welchem Ihr Schuldner seinen letzten Wohnsitz gehabt hat, eine Bescheinigung geben, daß der Schuldner unbekannt verzogen ist. Reichen Sie diese dann mit einer Klage auf Zahlung gegen den Schuldner bei dem zuständigen Gericht unter Ladung jenes mit dem Antrage ein, eine öffentliche Zustellung der Ladung herbeizuführen. Wird diesem Antrage Folge gegeben und erlangen Sie in dem Termin zur mündlichen Verhandlung ein Versäumnisurtheil, so müssen Sie weiter beantragen, daß auch dieses dem Schuldner öffentlich zugestellt werde. Erst dann verlangen Sie einen Schuldtitel, auf Grund dessen Sie jedes Ihnen zugängliche Vermögensstück des Schuldners pfänden lassen und daraus Ihre Befriedigung suchen können.

## Seuilleton.

### Ein Opfer des Rechtsgefühls.

Von G. S. Boyesen.

Inns Deutsche übertragen von R. Tenge.

(Nachdruck verboten.)

(2. Fortsetzung.)

Der Einwanderer knüpfte sein rothes Brustwams auf, schnallte den schweren Ledergürtel los und trennte mit seinem Messer das eine zusammengeknüpfte Ende desselben auseinander. Er zählte die dicken blanken Goldstücke auf die Zahlplatte, der ehrenwerthe Herr Rudolph Melville strich mit einer gleichgültigen, geschäftsmäßigen Miene dieselben in ein geöffnetes Schubfach und reichte dem Einzahler das kleine Buch durch den Schalter.

„Wir zahlen an Zins fünf vom Hundert,“ sagte er, und Sie können das Geld nach Belieben zurückziehen.“

„Aber,“ stammelte der Norweger, der mit staunenden Blicken in das Büchlein schaute, „ich habe Ihnen nur fünfzehnhundert gegeben, und Sie haben hier zweitausend einhundert eingeschrieben.“

„Ganz richtig; Gold steht um vierzig das Hundert höher, als das laufende Papiergeld.“

Und mit demselben ernstern, majestätischen Wesen kehrte Herr Melville dem Landmanne den Rücken zu und ging in sein Privat-zimmer zurück.

Anders hätte gern noch eine Menge Fragen gethan, wie er sich beim Zurückziehen des Geldes zu verhalten habe und so dergleichen, aber er hegte Bedenken, den großen Herrn noch weiter zu behelligen oder die unverantwortlichen Kommiss zu befragen; mit rathlosen, zögerndem Schritte trat er den Rückweg an. Die Welt hier ist höchst sonderbar, dachte er. In diesem chaotischen Wirbel mit einander ringender Interessen das Ansehen des Hauses Rustad und dessen

norwegische Traditionen zu wahren, wahrlich, das war ein hoffnungsloses Unternehmen!

Anders Rustad mochte sich der Anweisung eines Gasthausläufers nicht anvertrauen, sondern kehrte am Abend nach Castle Garden zurück, wo er auf einer Bank schlief, seine zusammgelegte Jacke als Kissen unter den Kopf schiebend. Um ihn herum lagen Männer und Frauen in allen möglichen Landesstrachten auf Kissen und Kasten zum Schlaf, ihr starkes, regelmäßiges Athmen klang schaurig in der weiten runden Halle und versenkte unseren Anders in schwermüthige Gedanken. Er war halb und halb geneigt, den edelmüthigen Entschluß zu bereuen, durch den er sich freiwillig aus der Heimstätte seiner Familie verbannt und sich allzu kühn in eine fremde Welt gewagt hatte, in der es schwer war, sich zurechtzufinden.

Und doch tröstete er sich, war es doch nur eine That der Gerechtigkeit und kein großmüthiges Opfer. Würde sein Bruder nicht an seiner Stelle ebenso gehandelt haben? Ganz gewiß! Dann kam ihm die Erinnerung an seine liebe, schöne Frau, die sich danach sehnte, sein Loos in dem neuen Lande zu theilen, und an seinen kleinen Sohn, der hoffentlich zu einem starken Manne heranwachsen und hier, wo ein freier, thätiger Mensch die Ellbogen rühren konnte, Wohlstand und Ansehen erwerben würde. Er erbaute sich in seiner Einbildung eine kleine Hütte, dann ein stattliches geräumiges Haus in der Prairie des Westens, er schwelgte in der Vorstellung, wie seine Frau den ersten Schritt in dasselbe setzte, ihr Antlitz von Dankgefühl und freudiger Ueberraschung verklärt. Glückliche Träume umschwebten seine geschlossenen Augen und begleiteten ihn in jenen süßen Zustand halber Bewußtlosigkeit, der dem traumlosen Schlafe voranzugehen pflegt.

Am anderen Morgen beschloß Anders, sich eine Eisenbahnkarte zu kaufen und seine Fahrt nach dem Westen anzutreten. Er fühlte sich voll Hoffnung und Muth und schämte sich der Verzagttheit, der er sich am vorigen Tage hingegeben. Der Lärm der Stadt kam ihm

jetzt belustigend vor: es machte ihm Vergnügen, daran theilzunehmen; mit eifriger Lust machte er sich auf den Weg.

Das Getümmel der Welt ging bereits hoch und die regen Wogen desselben wirkten belebend auf ihn. Die hohen schönen Gebäude, wo die Menschen aus- und einströmten, sahen ihn nicht mehr so entmutigend an, wie gestern; ihre Einförmigkeit erhielt durch die nützlichen Zwecke, denen sie dienten, eine gewisse Würde.

Die Sonne sandte milde, klare Strahlen in die breite Hauptstraße; die Thürme der Trinity-Kirche streckten ihre Pyramiden lustig in die heitere Luft und die Menschen, die alle Augenblicke aus den gefüllten Omnibus- und Pferdebahnwagen sprangen, die Morgenzeitung in der Hand, zeigten eine vertrauensvolle, des Erfolges sichere Miene, die Muth einflößte. Alles, was der fleißige, gemüthvolle Norweger bedurfte, um in diesem geschäftigen reichen Lande einen behaglichen Platz zu erobern, war etwas geistige Akklimatisirung, die mußte mit der Zeit ohne besondere Anstrengung kommen.

Genau so mochten die Empfindungen unseres Anders vielleicht nicht sein, gewiß aber beseelte ihn die freudige Ueberzeugung, daß er seine Fremdheit allmählich verlieren und in Wälde fähig sein werde, den Kampf um's Dasein unter gleichen Bedingungen mit den Bewerbern einzugehen.

Unter diesen ermunternden Gedanken erreichte Anders die Straßenecke, an der die „Sparbank und Kreditkasse für Einwanderer“ ihr prächtiges Gebäude zeigte. Ein dichtes Gedränge aufgeregter Leute, meist Arbeiter im Werkleide und armselig angezogene Frauen, wogte vor den verschlossenen Thüren der Bank, und mehrere Polizisten bemühten sich vergeblich, den Fußsteig der Straße frei zu halten und dem Verkehr der beständig zunehmenden Menge der Fußgänger offene Bahn zu machen. Ein halbes Duzend schwer beladener Fuhrwerke staute sich in der Mitte der Straße, die Fuhrleute fluchten und schwangen ihre Peitschen, während neu eintreffende Wagen mit Mühe von den Polizisten zurückgehalten wurden; von Augenblick zu Augenblick wuchs der Lärm und die Verwirrung.

Für Anders war das Schauspiel neu und unterhaltend; er eilte hinzu, ineinander gefahrene Räder loszumachen, und es gelang ihm, mit einigen kräftigen Stößen einen Wagen aus der Bergatterung zu erlösen. Ohne zu danken, hieb der Fuhrmann auf seine Pferde und jagte davon, die anderen Wagen folgten nach und bald darauf hatte der Verkehr in der Straße wieder seinen regelmäßigen Gang gewonnen.

Anders hatte darüber wenig Zeit gefunden, seiner Verwunderung über das lärmende Gedränge nachzuhängen, das ihm als eine Eigenthümlichkeit des amerikanischen Lebens vorkam; er näherte sich jetzt ehrerbietig einem Polizisten und fragte ihn in seinem gebrochenen Englisch, ob ein Unglück geschehen sei und weshalb die Leute sich so aufgeregert benähmen.

„Die Bank ist verkracht,“ erwiderte dieser kurz.

„Verkracht?“ fragte der Norweger in einem dumpfen Gefühle von Beunruhigung; das Wort „verkracht“ war in seinem Sprachschatze nicht enthalten.

„Nun ja, in die Luft geflogen!“ erklärte der Polizist mit mürrischem Lachen. „Dahin, wo der Pfeffer wächst.“

Anders war auf's Neueste betroffen, doch sträubte er sich mit allen Kräften, an die einzige vernünftige Erklärung des Auftritts zu glauben; mit einem Verzweiflungsversuche der Hoffnung holte er seinen Freund, das Wörterbuch, hervor; aber darin fand er weder für „verkracht“, noch bei „Pfeffer“ eine ausreichende Erklärung, die zum Schlüssel für das Räthel diente.

Als er die Augen erhob, bemerkte er ein armseliges Weib, welches in ohnmächtiger Wuth die geballten Fäuste gegen die Granitpfeiler des Bankgebäudes erhob, die in ihrer massiven Sicherheit mit spöttischem Lächeln zu antworten schienen. Zornige Männer erstiegen die Stufen der Freitreppe und hämmerten mit dem Ellbogen und Haken gegen die feste eichene Thür, während andere die Polizisten bedrohten, die sich den Anschein gaben, als wollten sie die Leute von den gewalthätigen Neuerungen zurückhalten.

Anders stand und sah und schaute in dumpfem, schauerndem Schweigen. Er empfand dunkel, daß ein großer Unglücksfall eingetreten sei und daß er selbst davon betroffen wurde; allein der böse Schlag hatte seine Gedanken gelähmt, seine Begriffe waren taub und leer; in seinem Kopfe drehte sich Alles im Wirbel und seine Glieder zitterten in lähmender Schwäche. Die Flüche und Verwünschungen, die um seine Ohren schwirren, vernahm er wie im Traume; die Sonnenstrahlen fielen auf ihn nieder, doch es war nicht mehr der heitere Schein, der ihn vor wenigen Minuten erfreut hatte, sondern er glich einem weißen, schweren brennenden Schleier, der mit lähmendem Gewichte auf seine Augen fiel.

(Fortsetzung folgt.)

## Ämtlicher Theil.

### 58. Bureauführung.

Verhandelt Berlin den 30. Juli 1900, Vormittags 9 $\frac{1}{2}$  Uhr.

1. Siegen. Die dem dortigen Verein betreffenden Angelegenheiten werden durch Genossen Schumacher (Düsseldorf) erledigt werden.
2. Elbing. Von dem Beginn des Streikes ist Kenntniß genommen. Der Antrag der nicht unterstützungsberechtigten Mitglieder wird dem Generalrath unterbreitet werden.
3. Bromberg. Für diese Sache kann der Betrag unter Zustimmung der Ortsversammlung aus dem Bildungsfonds entnommen werden.
4. Themar. Von der Beendigung des Streiks am 23. 7. ist Kenntniß genommen.
5. Naumburg. Der eingesandte Bericht wird nach redaktioneller Aenderung veröffentlicht werden.
6. Jauer. Das Bureau beschließt, im Hinblick der noch nicht eingesandten Mitgliedsarten, sowie ähnlicher Unregelmäßigkeiten daselbst den Genossen Schuster (Piegwitz) die Regelung zu übertragen.
7. Lissa. In gleicher Angelegenheit wird Genosse Meinke (Posen) ersucht, die in gedachten Ortsverein herrschenden Mißstände zu regeln.
8. Halle. Ein Schreiben des Mitgliedes 3069 Dornstein wird brieflich erledigt werden.
9. Palschau. Die Wahl des Genossen 3222 Barisch wird im Namen des Generalraths und Vorstandes bestätigt.
10. Erlangen. Die Verlängerung des Landaufenthaltes des Mitgliedes 2211 Baumeister bis zum 19. August wird genehmigt.
11. Ochsenfurt. Ehe die Genehmigung zur Klageführung des Mitgliedes 4379 J a u ß ertheilt werden kann, ist ein Statut von der Ortskrankenkasse Dos einzusenden.
12. Fürth. Der Landaufenthalt des Mitgliedes 2427 S u d e r wird vom 5. 8. bis zum 1. 9. bewilligt.
13. Rothenthal. Das Schreiben um Bewilligung eines Redners wird dem Generalrath unterbreitet werden. — Das Gesuch um Arbeitslosenunterstützung des Mitgliedes 5187 G l ä s e r wird nach eingehender, die Nöthigung betreffenden Erläuterung, erledigt werden.
14. Nürnberg II. Dem Mitgliede 5166 S ö p p e l kann die Streikunterstützung in Folge der Uebersiedlung von Rothenburg nach Nürnberg nicht weiter gezahlt werden. Ein Antrag auf Arbeitslosenunterstützung wird nach Einsendung eines ausgefertigten Formulars entgegen gesehen. Die Uebersiedlungsbeihilfe kann nicht gewährt werden, da die vorgesehene Wartezeit nicht erreicht ist. (Siehe § 5 des Reglements).
15. Berlin. Ein Schreiben der Vorortskommission wird dem

Generalrath überwiesen, desgleichen der Bericht des zweiten Vierteljahres des Arbeitsnachweises.

16. Bromberg. Die Neuwahl des Vorsitzenden Mroczkowski sowie der beiden Beisitzer Frommholz und Lottis werden im Namen des Generalraths und Vorstandes bestätigt.

17. Berlin II. Das Schreiben wird dem Vorstand überwiesen.

18. Stakfurt. Uebertretende Mitglieder anderer Gewerksvereine sind nach § 4 des Gewerksvereinsstatuts berechtigt. Zur Krankenkasse werden solche jedoch als neueintretende Mitglieder behandelt. Nicht Berufszugehörige (siehe § 4 der Geschäftsordnung) finden keine Aufnahme.

19. Rothenburg. Der Bericht über die Lage des Streikes ist zur Kenntniß genommen.

20. Danzig. Kollege L u n g f i e l wird ersucht, dem Schreiben vom 17. Juli baldigst nachzukommen.

21. Langenöls. Dem schon genehmigten Gesuche wird sobald als möglich entsprochen werden.

22. Kalk. Von der Amtsniederlegung des Sekretärs ist Kenntniß genommen; erwarten die baldige Anmeldung der erfolgten Neuwahl.

23. Striegau. Streikunterstützung ist zu zahlen den Mitgliedern: 6006 Walter vom 24. 7., 6839 Kluge, 6137 Hummel, 6119 Plüschke vom 25. 7., 7352 Tielisch aus dem verfügbaren Fonds vom 1. 8. Ferner wird über den Stand der Sache Bericht gefordert.

24. Worms. Von der ordnungsmäßigen Kassenübergabe ist Kenntniß genommen.

25. Düsseldorf. Mitglied 6995 Rose ist hier nicht weiter gemeldet.

26. Allenstein. Die Angelegenheit des Mitgliedes 5, Zink, wird vertagt bis die fälligen Krankenscheine eingesandt sind. Im übrigen hat die örtliche Verwaltung nicht das Recht, Strafen anzusetzen, sondern nur zu beantragen.

27. Eine Anfrage betreffs der Geschäftsordnung wird dem Generalrath unterbreitet werden.

28. Lauenburg. Das Uebersiedlungsgesuch des Mitgliedes 430 G a z wird vertagt, bis die Bescheinigung vom Arbeitgeber vorliegt.

29. Nürnberg II. Dem Mitgliede 7640 S a h l e r ist als Uebersiedlungsbeihilfe für die Strecke von Nürnberg bis Nierstein (Rhein) — 282 Kilometer — 53 Mk. 35 Pf. zu zahlen, und zwar für das Mitglied 7,05, für die Frau 5,64, für die 3 Kinder 8,46 und für Uebersiedlung der Wirtschaft 32,20 Mk.

30. Berlin V. Das Uebersiedlungsgesuch des Mitgliedes 3265 B r a n d s c h ä d e l wird vertagt, bis der Antrag ordnungsmäßig mit Unterschriften versehen eingesandt, und die Zahl der Kinder richtig gestellt ist.

31. Dem Mitgliede 2814 Lehmann ist als Ueberfiedelungsbeihilfe für die Strecke von Löbau bis Bredow — 330 Kilometer — 34 Mk. 63 Pf. zu zahlen, und zwar für die Frau 6,60, für drei Kinder 9,90, Mk., Zuschuß des Mannes zu dem schon erhaltenen Reisegeld 13 Pf., und für Ueberführung der Wirtschaft 28 Mk. (§ 5 Abs. 2 d. Reglem.)

32. Brandenburg. Arbeitslosen-Unterstützung ist zu zahlen dem Mitgliede 1103 Wenzel vom 29. 7. (Beitragabst. 30. W.).

33. In Arbeit: 1322 Kalisch-Breslau (Tischler) am 14. 6.; — 1304 Kasper, 1234 Krause, 1277 Haase, 1353 Jänisch am 18. 6., 1249 Scherf am 20. 6., 954 Lutz-Berlin VI am 5. 7.

Schluß der Sitzung 2 3/4 Uhr Nachmittags.

Das Bureau:

N. Wahlke, C. Gafner, M. Liebsher, W. Ziefe, Vorsitzender. Schatzmeister. stellv. Vorsitzender. Bureaubeamter.

**Änderungen im Adress-Verzeichnis.**

Table with 2 columns: Name and Address. Includes entries for Ansbach II, Köln a. Rh., Elbing, Hannover, Göttingen, Kahla, Langenöls, Patschkau, Ob. Salzbrunn, Straßmünd, Altwasser, and Worms.

**Versammlungen.**

August.

- List of meetings and events including: Altwasser, Ansbach II, Augsburg, Berlin (Erster), Berlin (Königst.), Berlin (Moabit), Berlin (West), Berlin (Nord), Berlin VI, Biberach, Breslau (Holzarb.), Bromberg, Bruchsal, Charlottenburg, Köln a. Rh., Cottbus, Danzig, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Elbing, Gelnau, Forst, Gleiwitz, Görlitz (Tischl.), Götting II, Hagen, Hirschberg, Jena, Jowrazlaw, Kalk, Karlsruhe, Königsberg, Landsberg I., L.-Gohlis, L.-Lindenau, Liegnitz, Löbau, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, M.-Glabach, Nowawes, Nürnberg II, Pasing, Ritzdorf.

- List of meetings and events including: Rudolstadt, Schkenditz, Schweidnitz, Spandau, Sprottau, Staßfurt, Striegau, Ulm, Wittenberg, Wittenberge, Worms, Zabrze.

**Orts- und Medizinalverbände.**

- List of local and medical associations including: Berlin und Vororte, Köln-Deutz.

**Anzeigen.**

**„Die Eiche“**



Organ des Gewerkvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen

Jahrgang 1899 auf feinem Schreibpapier gedruckt sauber gebunden, ist für Mitglieder, Vereins-Bibliotheken, wie Verbandsgenossen zum Preise von Mk. 3,— einschl. Porto durch die Expedition Berlin O., Münchebergerstrasse 15 II zu beziehen.

**Technikum Stadtsulza i. Ch.**

Tischlerschule (2 Sem.) Intern.-Reg. 2. Oktbr.

Gesucht werden drei ordentliche Arbeiter von August Persich, Stammfabrikant, Lindau i. Bodensee.

Der Arbeitsnachweis des Ortsverbandes Elberfeld befindet sich bei Herrn Figge, Breite- und Arenbergerstr.-Ecke.

Der gemeinsame \* \* \* Arbeitsnachweis der Ortsv. d. Tischler Berlin I—VI sowie Charlottenburg, für Jedermann unentgeltlich, befindet sich jetzt Grünstraße 20, pt. Täglich geöffnet Vorm. v. 8—10 Uhr.

Für Berlin befindet sich die Verbandsherberge bei C. Stahlberg, Kaiser Wilhelmstr. 32. — Karten bei allen Berliner Ortsvereinskassirern.

**Ortsverband zu Cottbus.**

Zu unserem am 4. August stattfindenden

**Stiftungsfest,**

bestehend aus Konzert, Theater und Ball im „Gesellschaftshaus“ laden wir alle Gewerkevereinsgenossen von Nah und Fern freundlichst ein.

Ortsverband Cottbus.

**3—4 Tischler**

erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei Paul Ludwig in Löwenberg in Schlesien, am Markt.

**Der Arbeitsnachweis**

des Ortsvereins d. Böttner Nürnberg befindet sich Zirkelschmiedgasse 13/15. Das Herbergslokal, in welchem durchreisende Genossen freies Nachtquartier und freie Verpflegung erhalten, befindet sich im Restaurant „Englischer Hof“, Vorderer Fischergasse.

PATENTE schnell und sorgfältig durch RICHARD LÜDERS, PATENT-BÜRO in GÖRLITZ.